

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
 1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.ak-is.at> * www.prodemokratie.com



AUVA:

Lorenz Böhler Unfallkrankenhaus – Anfang vom Ende?

Dass diese Befürchtung berechtigt ist, lässt eine Antwort von Gesundheitsminister Rudolf Anschober auf eine parlamentarische Anfrage von SPÖ-Abgeordnetem Rudolf Silvan vermuten. Soll das vor den Wiener Wahlen nicht publik werden? Analyse eines aufmerksamen Lesers der parlamentarischen Beantwortung.



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

PARLAMENT AKTIV
PARLAMENT ERKLÄRT
WER IST WER
MEDIATHEK
GEBÄUDE UND FÜHRUNGEN
SERVICE

Aktuell im Parlament

Parlamentskorrespondenz

Regierungsvorlagen und Gesetzesinitiativen

Anfragen und Beantwortungen

Begutachtungsverfahren und Stellungnahmen

EU-Datenbank

Beteiligung der BürgerInnen

Alle Verhandlungsgegenstände

Suche mit Dokumentnummer

Schlagwortsuche

Plenarsitzungen

Ausschüsse

* Start * Parlament aktiv * Anfragen und Beantwortungen * Nationalrat - XXVII. GP * Beantwortungen * 2947/AB

geplante Neuausrichtung des UKH Lorenz Böhler und (un)freiwilliger Job-Rotation des medizinischen Personals zwischen den AUVA Krankenhäusern Lorenz Böhler und dem UKH Meidling (2947/AB)

Anfragebeantwortung

Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober zu der schriftlichen Anfrage (2949/J) der Abgeordneten Rudolf Silvan, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend geplanter Neuausrichtung des UKH Lorenz Böhler und (un)freiwilliger Job-Rotation des medizinischen Personals zwischen den AUVA Krankenhäusern Lorenz Böhler und dem UKH Meidling

[Anfragebeantwortung / PDE, 916 KB](#)

Beantwortet durch: [Rudolf Anschober](#) Regierungsmitglied Bundesministerium für Soziales,

AUVA: Tod auf Raten?

Im Zuge von Corona hieß es immer wieder: Das Gesundheitssystem muss erhalten und ausgebaut werden. Wenn man aber z.B. auf die AUVA schaut, spielt sich im Hintergrund Gegenteiliges ab. Zuletzt ist die AUVA durch die Umzugspläne zugunsten der Wirtschaftskammer ins Gerede gekommen. Doch das ist nur die Spitze des Eisberges der Pläne zur Zerschlagung der AUVA.

Betriebsrät*innen und Beschäftigte haben 2018 und 2019 massiv und erfolgreich gegen die Zerschlagung der AUVA protestiert. Mit Hilfe der ÖVP-FPÖ-Regierung konnten die Unternehmer die Senkung ihres AUVA-Beitrags durchsetzen. Seither warnen die AUVA-Beschäftigten davor, dass diese weitere Kürzungen nachteilige Folgen für die Patient*innen haben werden.

Nun stellen die schwarzen, von der Unternehmenseite gestellten AUVA-Chefs sowohl das REHA-Zentrum Weißer Hof in Klosterneuburg als auch Teile des Betriebes des UKH Lorenz-Böhler in Wien in Frage.

Der schon länger geplante, jetzt bekannt gewordene Zwangsumzug der Beschäftigten von der Wiener AUVA-Landesstelle und von der Hauptstelle in ein Haus der Wirtschaftskammer Wien ist nur die Spitze des AUVA-Zerschlagungs-Eisberges. „Kostensenkung“ und „Effizienzsteigerung“ sind nur ein Vorwand - in Wirklichkeit wird es teurer: Die Wirtschaftskammer wäre ein Zwischenprofiteur von millionenschweren Mietzahlungen der AUVA, bis eine neue Bleibe gefunden ist. Und nicht zuletzt dürften erhoffte profitable Immobiliengeschäfte mit freiwerdenden Gebäuden und vor allem Grundstücken der Hintergrund sein.

REHA-Zentrum Weißer Hof

Große Teile des REHA-Zentrums Weißer Hof sollen zum UKH-Meidling verlagert, die "mobile" Reha dort ausgebaut werden. Angeblich soll die coronabedingte Reduktion der Anzahl der Betten am Weißer Hof von 200 auf 140 beibehalten werden. Der Weiße Hof soll bis 2026 in der derzeitigen Form geschlossen werden, eine „Nachnutzung“ sei vorgesehen. Privatinteressen reiben sich schon jetzt die Hände. Die Pläne für private Baukonzerne, „Immobilienentwickler“ oder für einen (schon einmal von der

Bevölkerung abgelehnten) Golfplatz werden wieder gewälzt. Der Klosterneuburger Bürgermeister Schmuckenschlager (ÖVP) zieht als Beispiel einer Nachnutzung des Weißen Hofes das (private) „Gesundheitsressort Donaupark“ heran (Kurier, 29.7.20). Die von der letzten ÖVP-FPÖ-Regierung durchgeboxten "Einsparungen" sollen offensichtlich auf Kosten der Patient*innen gehen.

wichtig für die schnelle und erfolgreiche Behandlung und Heilung von Schwerstverunfallten ist. Jetzt wird das im UKH-Meidling zentralisiert. Für Beschäftigte, Gewerkschaft, Ärztekammer und prominente Ärzte ist das der Beginn vom Ende des LB-UHK und absolut schlecht für die Patient*innen und die bald Zwei-Millionen-Stadt Wien. Betten werden abgebaut, statt die hohe Behand-



Während FPÖ-Chef Hofer öffentlichkeitswirksam für den Erhalt des Weißen Hofes eintritt, macht der blaue Personalvertretungs-Statthalter in der AUVA mit den Schwarzen und der ÖVP-AUVA-Spitze für die Umzugspläne und das Aus des Weißen Hofes gemeinsame Sache.

UKH Lorenz Böhler

Im Jänner 2020 informierte die AUVA-Generaldirektion die Beschäftigten, dass es in Zukunft zu einer „Kooperation“ zwischen Lorenz-Böhler-Spital (LB-UKH) und anderen Krankenhäusern kommen soll. Schon 2016 war von einer „freiwilligen“ Rotation von Personal zwischen LB-UKH und UKH Meidling die Rede. Jetzt soll ab Oktober 2020 eine verpflichtende Rotation alle drei Monate beginnen und der Schockraum im LB-UKH praktisch geschlossen werden, der ganz

lungs- und Heilungsqualität zu erhalten und das Gesundheitssystem auszubauen. „Diese Rotation bringe keine ‚Verbesserung der Fachkenntnisse‘, wie es heißt, sondern führe ‚nur zur Zerstörung von gut eingespielten Teams und damit zu einem Qualitätsverlust.‘ Würden künftig große Operationen nur mehr in Meidling durchgeführt, könne das zu einem Verlust der OP-Kapazitäten und zur schlechteren Versorgung der Patienten führen“, so der Vizepräsident der Ärztekammer Wien, Wolfgang Weismüller (Kurier, 17.7.20).

Und der langjährige Leiter des LB-UKH von 1997 - 2014, Harald Hertz, sagt: „Mit dem langsamen Schließen des Lorenz Böhler tut man der Bevölkerung Wiens nichts Gutes. Stattdessen bräuchte das Lorenz Böhler engere Kooperationen, etwa mit der Klinik Donaustadt (ehemals SMZ Ost)“ (Profil, 29.7.2020).

Auch für die LB-UKH-Betriebsräte ist es untragbar, dass die Stadt das hervorragende Know-How des LB-UKH (Traumazentrum) angreift. Rudolf Silvan, Mitglied des AUVA-Verwaltungsrates, hat die Online-Petition „Rettet das Lorenz Böhler UKH“ gestartet:

<https://www.openpetition.eu/at/petition/online/rettet-das-lorenz-boehler-unfallkrankenhaus>. Ob das genügt?

Denn jetzt passiert vieles im Hintergrund. Umso mehr ist es wichtig, Beschäftigte und Bevölkerung offensiv aufzuklären. Hoffen auf die Paktfähigkeit von „schwarzen“ ÖVP-Unternehmerfunktionären in Wirtschaftskammer oder AUVA sind trügerisch, weil diese gegenüber den Begehrlichkeiten aus Industriellenvereinigung, privater Gesundheits- und Immobilienwirtschaft offen sind.

Denn die türkis-grüne Regierung und die ÖVP-Führung in der AUVA wollen die AUVA möglichst still und leise aushungern und so rechtzeitigen und wirksamen Widerstand gegen diese Pläne verhindern. Auch die Blauen in der AUVA machen mit der schwarzen AUVA-Spitze gemeinsame Sache. Wo bleibt der Aufschrei von SPÖ-Bürgermeister Ludwig und SPÖ-Gesundheitsstadtrat Hackl. Will auch die SPÖ-Spitze in Wien nur keinen Wirbel vor der Wien-Wahl. Nachher ist es zu spät. Oder hat man sich schon mit dem Wiener Wirtschaftskammerpräsident Ruck „verständigt“, also den Unternehmerbegehrlichkeiten nachgegeben?

Die AUVA soll zerstört werden

Die von der türkis-blauen Regierung durchgesetzte Senkung der AUVA-Unternehmerbeiträge um 150 Mio. Euro jährlich bedeutet weniger Budget für die Arbeit der AUVA. Das ist rund ein Zehntel des jährlichen AUVA-Gesamtbudgets. Einsparen kann die AUVA da praktisch nichts. Denn selbst wenn man den gesamten Verwaltungsbereich einsparen würde, für den 90 Millionen Euro aufwendet werden, geht das nicht. Eine weitere Senkung der Beiträge ist laut türkis-grünem Regierungsprogramm momentan nicht vorgesehen. Allerdings drängt die Industriellenvereinigung weiter massiv darauf. Allein durch den

coronabedingten Anstieg der Arbeitslosenzahlen sind der AUVA 2020 bislang weitere rund 100 Mio. Euro entgangen. Schon jetzt musste die AUVA daher Rücklagen auflösen, um ihrem Arbeitsauftrag (Prävention, Unfallbehandlung, Rehabilitation, Unfallrentenauszahlung) nachkommen zu können. Nur noch bis 2022 refundiert die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) für Leistungen an die AUVA. Zudem kommt, dass ÖVP-Kanzler Kurz immer wieder der AUVA die „Pflegeversicherung“ umhängen will. Dann gibt es noch mehr Einnahmefehl bei der AUVA und der Ruf nach weiteren „Einsparungen“ ist vorprogrammiert.



Trojanisches Pferd: AUVA-GmbH

Eines der wichtigsten, aber gleichzeitig am wenigsten öffentlich diskutierten Vorhaben der ÖVP-FPÖ-Regierung war die Installierung einer AUVA-GmbH. Diese soll bis 2021 die Krankenhäuser und Rehas der AUVA übernehmen. Derzeit wird dort das Personal zur Gänze von der AUVA überlassen. Aber ab einer gewissen Größe der GmbH (250 Beschäftigte) können mittels eines zu gründenden Aufsichtsrates neue Verträge, ein neuer Kollektivvertrag ausverhandelt und neue Geschäftsfelder geschaffen, diese auch am „freien Markt“ angeboten werden. Diese wären dann nach Bundesvergabegesetz ausschreibepflichtig. So könnten dann auch Krankenhausverwaltungen neu ausgeschrieben, sprich letztlich auch verkauft, privatisiert werden.

Während die AUVA derzeit noch nach gesetzlichem Auftrag die „bestmögliche Versorgung“ für die Patient*innen zu leisten hat, könnte dann nur mehr eine reine Repara-

turmedizin die Folge sein. Wer mehr und bessere Heilung will, letztlich länger gesünder leben will, müsste dann privat zahlen. Das muss man sich erst leisten können – also noch mehr Klassemedizin. Eine Zeitbombe.

Negative Folgen für Patient*innen und AUVA-Beschäftigte

So ausgehöhlt, könnte die AUVA ihren eigentlichen Arbeitsauftrag nicht mehr erfüllen, müsste die AUVA-Unfallversicherung der Arbeiter und Angestellten wer anderer übernehmen. Eine Idee, die schon Türkis-Blau und die Industriellenvereinigung ventiliert haben. Angedacht war schon von Türkis-Blau, dass das die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Angestellten (PV) oder die Krankenkassen der Arbeiter und Angestellten, die ÖGK, übernehmen solle. Mit der AUVA-GmbH wäre auch denkbar, dass die GmbH die anderen Krankenhäuser und Einrichtungen der Sozialversicherung (SV), z.B. der PV oder Rehas, oder SV-Ambulanzen übernimmt. Eine Idee, die schon die Industriellenvereinigung intern ventiliert hat. Letztlich wollen die großen Unternehmen, die die Industriellenvereinigung vertritt und auch in der Regierung diesbezüglich Druck machte und macht, nicht mehr für Arbeitsunfälle bezahlen.

Sollten die Krankenhäuser einmal nicht mehr der AUVA gehören, könnten die Arbeitsunfälle bei der PV landen. Mit der gravierenden Folge, dass es dann keine Unfallrenten, sondern „bestenfalls“ nur mehr die Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension gibt, die jetzt schon immer schleppender gewährt wird.

Die AK OÖ hat dargestellt, dass in den letzten Jahren die AUVA bei der Prüfung der Arbeitsunfälle sehr restriktiv vorgegangen ist:

https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/Versehrtenrente_erst_nach_Huerdenlauf-.html.

Aufgrund der sinkenden Beitragszahlungen und Abbau von Dienstposten hat man manchmal den Eindruck, dass die AUVA eher prüft, ob das Unfallgeschehen nicht als Arbeitsunfall zu werten ist. Schuld

daran ist wohl auch, dass sich die Führungsstrukturen in der AUVA verändert haben, kaum mehr Vertreter*innen von Arbeiter und Angestellten repräsentiert sind und daher nichts vom „Spar“-Wahnsinn der Regierung verschont bleibt, sagen völlig zurecht Belegschaftsvertreter*innen.

Die Privatmedizin wartet schon in den Startlöchern

Es geht um das mutwillige Aushungern, um nach Privatmedizin rufen zu können, von der nur private Gesundheitskonzerne und finanzstarke Privatkundschaft profitieren. Beste Medizin und Heilung für alle ist dann Vergangenheit. Das kann in Zukunft für jeden von uns bedeuten, sofern er oder sie eben nicht das

nötige „Kleingeld“ hat, nach einem Unfall lebenslang schlechter zu (über)leben oder sogar früher zu sterben! Das muss uns klar sein, das sollte uns klar sein. Darüber müssen AUVA-Belegschaft gemeinsam mit AK und ÖGB und Ärztekammer massiv die Bevölkerung aufklären und Protest organisieren, damit es eben nicht so weit kommt. Freiwillig haben Regierung und Industrie ihre Pläne noch nie aufgegeben.

Was ÖVP und Unternehmer mit der SV generell vorhaben,

hat schon im Frühjahr 2017 ein Vertreter der Wirtschaftskammer im damaligen Hauptverband der Sozialversicherungsträger dargelegt: Die SV habe 154 eigene Einrichtungen (Kurheime, Reha-Zentren, Ambulan-

zen) – die seien „zu teuer“, privat geführte Anstalten wären „billiger“. Der Verkauf, die Verpachtung oder die Ausgliederung dieser Einrichtungen wäre daher zu überlegen (Kronenzeitung, 8.4.2017).



<http://prosv.akis.at>

Dieser Beitrag von proSV erschien teils in gekürzter Form zuvor schon in www.zackzack.at, <https://mosaik-blog.at/>, <http://www.zvpoe.at/> und auf unseren Webseiten: <http://prosv.akis.at> und www.prodemokratie.com

ÖGK: Milliardendefizit statt Patientenmilliarde

Mit der Propaganda der „Patientenmilliarde“ hat im Jahr 2018 die türkis-blaue Regierung die „Kassen-Reform“ in der Öffentlichkeit verkauft, um breiten Widerstand dagegen nieder-zuhalten.

Dass statt der „Patientenmilliarde“ durch die SV-Fusion am Ende ein Defizit produziert wird, mit dem Politik gegen die Versicherten gemacht werden kann, haben Betriebsräte, Gewerkschaften, AK damals kritisiert und auch wir als proSV auf Einladung im Sozial-ausschuss des Parlaments ausführlich dargelegt: <https://www.facebook.com/kontrast.at/videos/2139996242918421/>; https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1273/index.shtml

Die jetzigen Vorgänge bei der AUVA sollten neuerlich auch eine Warnung für alle anderen Beschäftigten und ihre Vertretungen in den anderen Sozialversicherungen und für alle Versicherten sein, insbesondere in den Kassen der Arbeiter und Angestellten, in der ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse, früher die neun Gebietskrankenkassen, GKK's) und der PVA (Pensionsversicherungsanstalt).

In der ÖGK wird das durch die SV-Fusion und die Machtverschiebung zu den Unternehmern entstehende Millionen-Euro-Fusions-Defizit von rund 200 Mio. Euro jährlich (Wiener Zeitung, 15.7.20) und durch Corona (extrem hohe Arbeitslosigkeit – dadurch weniger Beitragseinnahmen, Firmenpleiten) das ÖGK-Defizit bis 2024 auf mehrere Milliarden, auf ca. 3,21 Mrd. Euro ansteigen, so der oberste rote Dienstnehmervertreter in der ÖGK, Andreas Huss. Nicht eingerechnet sind die schon jetzt bestehenden Unternehmensschulden an die ÖGK in der Höhe von 1,1 Mrd. Euro (Kronen-Zeitung, 15.8.20), die sich wahrscheinlich auch noch erheblich erhöhen werden. Also weit und breit keine „Patientenmilliarde“!

Der oberste schwarze Dienstgebervertreter in der ÖGK, Peter Lehner, der auch Obmann der aus Bauern- und Selbständigenkasse fusionierten SVS ist, tut das als „rote Partei-propaganda“ ab. Er spricht aber gleichzeitig davon, dass ein „Konsolidierungskurs“ gefahren werden müsse (Wiener Zeitung, 15.7.20). Auch bei der ÖGK wird ähnlich wie bei der AUVA „das Defizit“ als Vorwand genommen, weitere „Einsparungen“ – auch wenn das öffentlich noch bestritten wird – anzudenken, um damit letztlich Ausgliederungen und Privatisierungen vorzubereiten, wie ein Wirtschaftskammervertreter in der Sozialversicherung schon 2017 sagte (siehe obenstehenden AUVA-Artikel).

In einem Punkt ist man bei der ÖGK schon weiter als bei der AUVA: Zentralisiert wurde dort schon. Da durch die SV-„Reform“ schwarze Unternehmer- und Beschäftigtenvertreter gemeinsam sowohl im Dachverband der SV als auch in der ÖGK, sowie in der Beamten (BVAEB)- und Selbständigenversicherung der Bauern und Unternehmer (SVS) die Mehrheit haben, kann das Hauptziel der SV-„Reform“ wie im SV-Organisationsgesetz (SV-OG) festgehalten, angegangen werden:

„Senkung der Lohnnebenkosten, Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Anbieter von Gesundheitsdiensten“ (siehe: 329 der Beilage XXVI. GP – Regierungsvorlage - Vorblatt und WFA 1 von 12).

Eine gefährliche Drohung für die Versicherten, wenn kein Widerstand von unten erfolgt.